

CDU-Gemeinderatsfraktion

Vorlage Nr.: 2021/0923

Eingang: 27.07.2021

Dem sozialen Wohnraum die notwendige Fläche bieten!

Gremium	Termin	TOP	ö	nö
Gemeinderat	27.07.2021	21.4	x	

Die CDU-Gemeinderatsfraktion Karlsruhe beantragt:

Die Stadtverwaltung orientiert sich bei der Bereitstellung von sozialem Wohnraum an der Ausweisung neuer Bauflächen, bereitet ihre Realisierung durch Arrondierung und insbesondere durch Erschließung von bisher unbeplanten Gebieten vor und legt über das Potential von zu erschließenden Entwicklungsflächen zeitnah einen Bericht vor.

Sachverhalt/Begründung

Unbestreitbar stellt die Bereitstellung von sozialem Wohnraum auch in Karlsruhe eine große Herausforderung dar. In der Schaffung eines Sozialen Wohnungsfonds sieht die CDU-Gemeinderatsfraktion jedoch aus drei Gründen kein adäquates Mittel, um die flächenmäßige Anzahl von sozialem Wohnraum zu erhöhen:

1. Die Stadt darf aufgrund GemO § 102 (5) keine Bankunternehmen betreiben.
2. Derartige Anleihen wecken aufgrund ihrer niedrigen Verzinsung kaum Anreize, in sie zu investieren. Dadurch würde der Stadt kein ausreichendes Kapital zum Bau von Sozialmietwohnungen zur Verfügung gestellt werden, wogegen der Verwaltungsaufwand ungleich hoch ausfallen würde.
3. Zur Finanzierung des Renditemodells käme ausschließlich das Steueraufkommen infrage, was nicht nur den städtischen Haushalt schmälert, sondern sich auch zum Nachteil aller Karlsruherinnen und Karlsruher auswirken würde.

Aus diesen Gründen lehnt die CDU-Gemeinderatsfraktion einen Sozialen Wohnungsfonds ab. Sozialer Wohnraum ist nicht wegen der fehlenden finanziellen Bereitschaft schwer zu realisieren, sondern aufgrund der Nichtverfügbarkeit von Bauland. Zu diesem Zweck fordern wir die Stadtverwaltung auf, neue Bebauungsflächen in den Blick zu nehmen und ihre Realisierung in Form von Arrondierung oder Erschließung von bisher noch nicht in Betracht kommenden Gebieten vorzubereiten. Über das Potential neu auszuweisender Flächen soll die Stadtverwaltung zeitnah einen Bericht vorlegen.

Die CDU-Gemeinderatsfraktion setzt sich für neu zu schaffende und offene (Mehrgenerationen-) Quartiere ein, in denen etwa durch eine Bereitstellungsquote von 30 Prozent im geförderten Wohnungsbau – vorgesehen im Karlsruher Innenentwicklungskonzept (KAI) – Menschen aller sozialen Hintergründe leben und am gemeinsamen Alltag teilhaben können.

Unterzeichnet von:

Stadtrat Tilman Pfannkuch

Stadträtin Karin Wiedemann

Stadtrat Dirk Müller